

Wellenberg soll weg vom Tisch

Nidwalden Die Regierung beantragt dem Bund, den Wellenberg definitiv als Atom-Endlager aufzugeben. Weil das Volk ihre Stellungnahme genehmigen muss, kommt es am 10. Juni zu einer kantonalen Abstimmung darüber.

Markus von Rotz

markus.vonrotz@nidwaldnerzeitung.ch

Der Brief der Regierung an das Bundesamt für Energie trägt das Datum vom 6. März. Darin äussert sie sich zur Etappe 2 des sogenannten Sachplans geologische Tiefenlager. Doch im Brief steht ein Vorbehalt: Die Stellungnahme der Regierung ist nur gültig, falls das Volk sie genehmigt. Denn im Rahmen des Widerstands gegen ein Atom-Endlager für schwach und mittel radioaktive Abfälle wurde die Kantonsverfassung dahingehend geändert, dass Äusserungen der Regierung zu solchen Fragen dem Volk unterbreitet werden müssen.

Diesmal sieht es allerdings nach einer Formalie aus, schreibt die Regierung doch in den Abstimmungsunterlagen: «Da keine Gegnerschaft eruiert werden konnte, entfällt die Wiedergabe einer solchen Gegenposition in dieser Abstimmungsbotschaft.» Weder die Standortgemeinde Wolfenschiessen noch eine Landrats-Partei vertritt eine anders lautende Meinung.

Alle Parteien sind für ein Ja

Die Grünen haben am Montag einstimmig Ja gesagt (siehe Kasten), die CVP tat dies bereits Anfang Mai ebenfalls einstimmig. Dasselbe beschlossen Kantonalvorstand und Fraktion der SVP ohne öffentliche Versammlung. Die FDP hat das Geschäft an ihrem Parteitag nicht traktandiert, aber ebenfalls gegenüber dem Kanton eine positive Stellungnahme abgegeben.

Auch wenn sich, anders als vor 20 Jahren, alle im Kanton ei-

nig sind, sei es doch wichtig im Sinne eines Zeichens gegenüber dem Bund, dass ein kräftiges Ja eingelegt werde, hiess es an der Versammlung der Grünen. Deren früherer Landrat Peter Steiner, Präsident des MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volks bei Atomanlagen), sagte: «Auch die Regierung ist heute klar dafür, dass der Wellenberg nicht mehr einfach zurückgestellt wird, sondern aus dem sogenannten Sachplan gestrichen wird. Den Wellenberg darf es nur noch geografisch geben, aber nicht mehr auf einem solchen Plan.»

Bereits in der Anhörung zur ersten Etappe hatte die Nidwaldner Regierung «massive Bedenken bezüglich des Standortgebiets Wellenberg geäussert»,

erinnert sie in der Abstimmungsbotschaft. Nun in Etappe zwei geht es darum, die Auswahl der heute noch sechs möglichen Standorte inklusive Wellenberg «auf mindestens je zwei potenzielle Standorte für hochaktive sowie schwach- und mittelaktive Abfälle einzuengen». Im Rahmen eines sicherheitstechnischen Vergleichs wurde aber bereits vorgeschlagen, den Wellenberg nicht mehr vertieft zu untersuchen.

Sicherheitstechnisch nicht geeignet

Dies ist ganz im Sinne der Regierung, die aufgrund diverser Gutachten der Auffassung ist, «dass der Untergrund des Wellenbergs aus sicherheitstechnischer Sicht

nicht geeignet ist» für ein Endlager. Der Standort liege «nachweislich in einer Zone mit erhöhter seismischer Aktivität, zudem sei der Untergrund tektonisch nicht stabil. Die Langzeitentwicklung wäre darum «sehr schwierig einzuschätzen». Der Regierungsrat schreibt weiter, er sehe sich «in seinen massiven Bedenken bestätigt und seiner Überzeugung gestärkt.» Die vom Kanton mehrfach eingebrachten Vorbehalte seien «nicht entkräftet und widerspiegeln sich geradezu offenkundig in den ausgewiesenen eindeutigen Nachteilen sowie der durch die Prüfbehörden beziehungsweise Experten(gruppen) vorgelegten Stellungnahmen.»

Für die Regierung gebe es darum keinen anderen möglichen

Schluss, schreibt sie gegenüber dem Bund, als den Standort Wellenberg als Reserveoption definitiv aufzugeben und aus der Liste zu streichen. Sie erinnert in der Abstimmungsbotschaft auch daran, dass das Nidwaldner Volk «bereits in drei Volksabstimmungen (1988, 1995 und 2011) Vorbereitungsbehandlungen für ein geologisches Tiefenlager im Wellenberg abgelehnt» hat. Begonnen hatte die Geschichte damit, dass die Regierung 1986 die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) eingeladen hatte, in Nidwalden einen Standort zu suchen.

Hinweis

Die Botschaft dazu finden Sie auf nidwaldnerzeitung.ch/bonus

«Wichtig, dass es ein deutliches Ja gibt»

Parteien Die Nidwaldner Grünen, deren Vorläuferpartei Demokratisches Nidwalden (DN) zusammen mit dem Komitee für eine Mitsprache bei Atomanlagen (MNA) wesentlichen Anteil an der Verhinderung eines Endlagers im Wellenberg hatte, tagte am Montagabend zur Parolefassung für die Abstimmung vom 10. Juni. Selbstredend, dass die Mitglieder die Ja-Parole beschlossen, und zwar einstimmig.

Es sei «wichtig, dass es auch diesmal ein deutliches Ja gibt», hatte Parteipräsident und Landrat Leo Amstutz eingangs an die Parteimitglieder und indirekt an die Stimmberechtigten appelliert und an frühere Abstimmungen

erinnert. «Wenn man die Geschichte kennt, ist es wichtig, dass wir diese Möglichkeit der Stellungnahme des Volks einmal eingeführt haben. Es könnte auch sein, dass sie jetzt am Bau des Endlagers in Wolfenschiessen wären.» Man sei vor Jahren damit recht unkritisch umgegangen.

«Das finde ich unethisch»

Alt Landrat Peter Steiner, der «über mehrere Jahre den Widerstand angeführt hat», wie es Amstutz formulierte, blickte in einem spannenden 50-minütigen Referat zurück auf die Geschichte dieses Kampfs gegen ein Endlager, dessen Pläne immer

«Die Wahl des Wellenbergs war eine politische und nicht eine wissenschaftliche.»



Peter Steiner
Alt Landrat/Präsident MNA

wieder auftauchten. «Die Wahl des Wellenbergs war eine politische und nicht eine wissenschaftliche. Das finde ich nach wie vor unethisch. Ich meinte immer, offizielle Stellen könnten das nicht machen. Das erschütterte das Vertrauen in die Institutionen damals stark», sagte Steiner, seit 1998 Präsident des MNA. Die Parolefassung gab nichts zu reden.

Im Übrigen fassten die Grünen die Ja-Parole zur Vollgeld-Initiative mit 16 zu 2 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Ein Antrag auf Stimmfreigabe wurde abgelehnt, im Gegensatz zum Geldspielgesetz, wo nach einem 12:11-Ja Stimmfreigabe beschlossen wurde. (mvr)